

# ZÜRCHER FREISINN

Wir machen Zürich stark!

QR-Code mit der  
TWINT App scannen  
Betrag und Zahlung  
bestätigen



**JETZT**  
**MIT TWINT SPENDEN**

## EDITORIAL

**Vorkaufsrecht: Ein linker Angriff  
auf die Eigentumsgarantie**  
von Filippo Leutenegger

Seite 3

## BILDUNGSPAPIER

**Lesen, Schreiben, Rechnen:  
So will die FDP den Unterricht  
gesund schrumpfen**  
von Marc Bourgeois

Seite 4

## AUS DEM KANTONSRAT

**Energiepolitik: Mit diesen  
Rezepten sorgt die FDP  
für Versorgungssicherheit**

Seite 6



**Parteitag mit  
Bundesrätin  
Karin Keller-  
Sutter**

Neues Parteiprogramm, griffige Slogans, kantonale Initiativen

## Am 14. September stellt die FDP Kanton Zürich an ihrem Parteitag die Weichen für die nächsten Wahlen

Mit der bewährten Formel «Mehr Freiheit, weniger Staat» hat sich die FDP 1979 für Eigenverantwortung und gegen übermässige staatliche Eingriffe stark gemacht. Am 14. September setzen wir diesen Kurs fort und präsentieren unser neues Parteiprogramm, das die Weichen für die kommenden Wahlen stellt. In einem umfassenden und zukunftsorientierten Parteiprogramm schärfen wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern unsere Kernwerte und Positionen.

Seite 3



## FDP am Puls der Zeit

Bildungsdebatte, Wahlsiege,  
politische Weichenstellungen

### Inhalt dieser Ausgabe:

FDP Kanton Zürich	3–9
Bildung	10–13
Liberale Gleichstellungspolitik	14–20
Der Souverän sind wir	21
Biodiversitätsinitiative	22
Kolumne: Andri Silberschmidt	23

#### Liebe Freisinnige

Dieser Tage bereitet es mir besondere Freude, ein Freisinniger zu sein! Erstens hat unser Bildungspapier mit den 17 Forderungen ein gewaltiges Echo ausgelöst und endlich die notwendigen Diskussionen zu den Fehlentwicklungen in der Volksschule ausgelöst. Empört waren nur ein paar Linke, was heisst, dass wir richtig liegen. Jetzt müssen wir aber dranbleiben und das Thema weiter besetzen. Gefordert sind dazu auch die Kantonalparteien. Zweitens wurde am 18. August im Kanton Schaffhausen unser bisheriger Regierungsrat Martin Kessler mit dem besten Resultat wiedergewählt. Dazu haben wir der SP mit der Neuwahl von Marco Montanari einen Sitz abgelncht. Danke FDP Schaffhausen – bien fait! Und herzliche Gratulation.

Am 22. September stimmen wir ab über die extreme Biodiversitätsinitiative. Ebenso haben die Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ein Bekenntnis für den Erhalt unseres international einzigartigen Dreisäulensystems abzugeben.

#### NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative

Einmal mehr sprechen wir über eine Vorlage mit berechtigtem Anliegen, jedoch unverhältnismässigen Massnahmen. Nicht nur würde eine Gesamtfläche von der Grösse der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg

und Solothurn zu praktisch unantastbarem Schutzgebiet. Ebenso verletzt die Initiative föderalistische Grundsätze, ganz zu schweigen von der Verlängerung der Baubewilligungsverfahren. Darüber hinaus stehen die Forderungen im Widerspruch zu den Energiezielen der Schweiz, denn bei einem Ja würde der mit dem Stromgesetz soeben beschlossene beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren verunmöglicht.

#### Modernisierung der zweiten Säule: Frauen und Teilzeitbeschäftigte profitieren

Bei der Finanzierung der Altersvorsorge hat die FDP drei Grundsätze: Nachhaltige Finanzierung, Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt, Ausgewogenheit der Massnahmen. Die BVG-Vorlage ist ein gelungener Kompromiss: Die Bundesversammlung konnte sich auf eine Senkung der Eintrittsschwelle einigen und für deutlich mehr Menschen einen Zugang zur zweiten Säule ermöglichen. Wer bis anhin nicht versichert war, wird zukünftig auch im Todesfall oder bei Invalidität abgesichert sein. Teilzeitarbeitende oder Menschen mit tiefen Einkommen werden von deutlichen Verbesserungen profitieren, ebenso Mehrfachbeschäftigte vom neuen prozentualen Koordinationsabzug. Einigen konnte man sich auch zu den Ausleichsmassnahmen für

Übergangsgenerationen und zu den verbesserten Lohnabzügen für Beschäftigte ab 45 Jahren. Am 22. September haben wir es in der Hand, die Renten für viele Menschen und insbesondere für Frauen zu verbessern!

#### SP & Co: Im Zweifelsfall steht Klassenkampf vor Gleichstellung

Gewerkschaften, SP und Grüne bekämpfen die BVG-Reform via Referendum. Ihr immerwährender Klassenkampf lässt es ihnen offenbar nicht zu, den vernünftigen und zielführenden Kompromiss mitzutragen. Ebenso droht die SP-Parteispitze bereits damit, die Individualbesteuerungsinitiative der FDP abzuschliessen, ein herber Schlag für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz. Beide Vorhaben bieten die einmalige Chance für reale Verbesserungen und handfeste Fortschritte bei Gleichstellung und Chancengleichheit. Die Linken betreiben lieber ihre ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik weiter.

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

# Am Parteitag legen wir gemeinsam das Parteiprogramm und die Schwerpunkte fest

## Editorial des Präsidenten

Nach intensiven Vorbereitungen und Austausch freuen wir uns auf den Parteitag vom 14. September. Wir legen gemeinsam das Programm der Zürcher FDP für die kommenden Jahre und die Schwerpunkte fest. Abzuwehren gilt es auch die ideologischen Wohninitiativen der Linken, die allen schaden – vor allem den Mieterinnen und Mietern.

Die Sommerferien sind schon wieder weit weg. Gemeinsam gilt es, nun mit Elan wichtige Aufgaben anzupacken. Als Nächstes steht am Samstag, 14. September, der Parteitag an. Er ist offen für alle Mitglieder – meldet Euch gerne an, wenn Ihr das noch nicht gemacht habt.

Ich bin mit dem Vorsatz angetreten, dass wir das Profil unserer Partei schärfen. Das Programm, das wir am Parteitag verabschieden, ist dazu ein wichtiges Element. Es muss klar sein wofür der Freisinn steht: Wir setzen auf Verantwortung statt auf staatliche Bevormundung. Wir packen Chancen – für Freiheit und Fortschritt. Im Dialog mit Freisinnigen auf allen Ebenen haben wir ein Parteiprogramm ausgearbeitet, das uns als Leitlinie für die künftige Prioritätensetzung dienen soll, auch in Bezug auf die Lancierung von eigenen Initiativen. Ich freue mich auf die Diskussionen am Parteitag.

Wir machen Zürich stark: Dazu sind weiterhin auch defensive Qualitäten gefragt. Ein wichtiges Feld ist die Wohnraumpolitik. Eine verlässliche Eigentumsgarantie ist das A und O für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung. Von linker Seite ist sie unter Druck – wir müssen sie verteidigen.

Die Initiative, welche dem Staat ein Vorkaufsrecht einräumen will, kommt unter dem schönfärberischen Titel «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» daher und muss zusammen mit der Wohnschutz-Initiative gebodigt werden. Die Bei-

**«Wir setzen auf Verantwortung statt auf staatliche Bevormundung. Wir packen Chancen – für Freiheit und Fortschritt.»**

spiele in Genf und Basel zeigen, wie negativ die Folgen dieser linken Wohnpolitik sind: Für den Wohnungsmarkt ist es eine Katastrophe, es wird



kaum mehr gebaut, die Preise schiessen in den Himmel. Insbesondere für die Mieterinnen und Mieter sind diese ideologischen Ansätze schädlich. Profiteure sind einzig linke Parteien: Das Problem verschärft sich, statt dass es gelöst wird, uns sie können es weiterbewirtschaften.

Mit fundierter Politik prägen wir das Energie-dossier – aktuell mit Vorstössen im Kantonsrat, die zur Versorgungssicherheit beitragen sollen (Seite 6). Mitgeprägt haben wir das Bildungspapier der FDP Schweiz (Seite 4). Zur Förderklassen-Initiative wird die Delegiertenversammlung der Kantonalpartei noch die Parole fassen. Mir ist bis zu diesem Beschluss eine offene Diskussion wichtig (Seite 5).

Freisinnige Grüsse,

**Filippo Leutenegger**  
Präsident FDP Kanton Zürich

### Agenda der FDP Kanton Zürich

- 14.** Parteitag FDP Kanton Zürich
- 22.** Eidgenössische und kantonale Abstimmungen
- 30.** Richter- und Verwaltungspapero
- 19.** Nationale Delegiertenversammlung

### Abstimmungsempfehlung Eidg. Vorlagen

- ✗ NEIN** zur Biodiversitätsinitiative
- ✓ JA** zur BVG-Reform

### Abstimmungsempfehlung kantonale Vorlagen

- ✗ NEIN** zu Stipendien für vorläufig Aufgenommene (Änderung Bildungsgesetz)



# Weichen für die Volksschule der Zukunft stellen

Bildungspapier verabschiedet

Die Delegierten der FDP Schweiz haben im Juni ein neues Bildungspapier verabschiedet. Dieses legt den Fokus auf die Stärkung von Grundkompetenzen in der Volksschule. Für die FDP Kanton Zürich hat Marc Bourgeois an der Erarbeitung des Papiers mitgearbeitet. Was ihm besonders wichtig ist, verrät er im Interview.

**Marc Bourgeois, das Bildungspapier hat einigen Wirbel verursacht. Die FDP stellt der Schweizer Volksschule ein schlechtes Zeugnis aus. Ist es so schlimm?**

Obwohl wir immer mehr Geld dafür ausgeben, dass alle Kinder faire Chancen erhalten, sinkt das durchschnittliche Niveau am Ende der Volksschule. Es scheint nur noch darum zu gehen, Leistungsunterschiede zu kaschieren. Keine Noten, keine Hausaufgaben, keine Selektion, dafür Gleichmacherei. Der Bildungserfolg ist in den Hintergrund gerückt.

Man spricht von «Chancengerechtigkeit» und meint Ergebnisgleichheit. Das ist purer Bildungskommunismus. Und der funktioniert nur mittels Nivellierung nach unten. In der Folge vertrauen bildungsnahe Eltern der Volksschule nicht mehr und ergänzen sie mit privaten Angeboten und eigenem Engagement. So verdreht sich die angestrebte «Chancengerechtigkeit» ins Gegenteil.

Leider hat die FDP die Volksschule zu lange – sprichwörtlich – links liegen lassen. Eine PH-nahe, reformfreundige Bildungslobby hat dankbar übernommen.

**Was ist für Sie die Essenz des FDP-Bildungspapiers?**

Grundsätzlich muss die Volksschule wieder einfacher und ruhiger werden. Und unpolitischer. Der Lehrplan ist zu entschlacken. Der integrative Ansatz ist zu überprüfen. Und Leistung soll sich lohnen dürfen.

**Was haben Sie einbringen können?**

Ich selber habe – entgegen aller Unkenrufe (lacht) – nur anfangs Einfluss auf das Bildungspapier genommen, als gleichberechtigter kantonaler Vertreter. Auch, weil ich rasch gespürt habe, dass die Richtung stimmt. Die FDP-Bildungspolitiker/-innen in den anderen Kantonen haben offensichtlich mit denselben Problemen zu kämpfen.

**Welche Änderungen sind aus Zürcher Sicht besonders wichtig?**

Unser Problem ist, dass wir in den letzten Jahren zu fast allen Forderungen des Bildungspapiers bereits Vorstösse eingereicht haben – leider nur teilweise erfolgreich. Bei der bildungspolitischen Mehrheitsmacherin im Kanton, der GLP, hängt es sehr stark davon ab, mit wem man gerade redet.

Unter Zürcher Prägung:  
Positionspapier zum Thema  
Bilaterale III bereits in Erarbeitung



Von August bis Dezember wird die FDP Schweiz sechs Workshops zu den zentralen Themenbereichen des Verhandlungsmandats mit der EU durchführen. Ziel dieser Workshops ist die Erarbeitung eines Positionspapiers im Hinblick auf die Parolenfassung zum Verhandlungsergebnis an der eidg. DV vom 18. Januar 2025. Wie bereits beim Bildungspapier wird sich die FDP Kanton Zürich auch in diesem Thema aktiv und mit starker Stimme einbringen. Filippo Leutenegger nimmt für die FDP des Kantons Zürich in der Arbeitsgruppe Einsitz, um unsere Interessen effektiv zu vertreten.

**Das Papier steht nun – wie geht es weiter?**

Ich hoffe, dass die übrigen Kantone – wo noch nicht geschehen – ebenfalls entsprechende Vorstösse einreichen werden. Im Kanton Zürich prüfen wir, wo wir noch blinde Flecken haben. Und ob wir gewisse Forderungen erneut lancieren sollen.

# Ist die integrative Schule gescheitert?

## Streitgespräch

Das Positionspapier der FDP Schweiz fordert, dass die Volksschule den Fokus auf den Kern des Bildungsauftrags legt und die integrative Schule in der heutigen Form abgeschafft wird. Braucht es die im Kanton Zürich lancierte Förderklassen-Initiative, um die Volksschule zu retten?

### JA

In den Regelklassen gibt es heute Kinder, die normal- oder hochbegabt sind, leichte bis massive Lernschwierigkeiten aufweisen, oder solche, die verhaltensauffällig sind – in unterschiedlichen Ausprägungen. Dafür haben die Befürworter dieses Systems einfache Rezepte: möglichst viel Stützpersonal wie Klassenassistenten, Heilpädagogen, Sozialarbeiter, Senioren, Zivildienstleistende und in der Stadt Zürich noch Betreuungspersonal. Alle sollen sich ein bisschen um die Kinder mit speziellen Bedürfnissen kümmern. In den Klassenzimmern herrscht deshalb ein Kommen und Gehen. An fokussiertes Lernen ist kaum zu denken. Klassenlehrer sind am Anschlag, weil sie sich mit zahlreichen Personen koordinieren und sich um verschiedenste Bedürfnisse kümmern müssen. Für Kinder mit auffälligem Verhalten gibt es häufig nur noch die Variante einer teuren externen Sonderschule.

Vor diesem Hintergrund wurde die Förderklassen-Initiative lanciert und mit über 9000 Unterschriften eingereicht. Zusätzlich hat die Kantonsratsfraktion eine gleichlautende Motion eingereicht. Und auch die FDP Schweiz hat diese Forderung in ihrem neuen Positionspapier. Förderklassen bilden ein Zwischengefäss zwischen Regelklasse und teurer externer Sonderschule. In einer solchen kleineren Klasse sollen Kinder, die mehr Zeit oder Hilfe benötigen, von einer heilpädagogisch ausgebildeten Lehrperson auf ihrem Niveau unterrichtet werden. Eine Rückkehr in die Regelklasse soll jederzeit möglich bleiben. So können Kinder vor Ort bedürfnisgerecht gefördert werden. Die Regelklassen werden entlastet und brauchen massiv weniger Stützpersonal. Die Klassenlehrer können sich wieder auf den Unterricht fokussieren. Und alle Schüler können ihren Bedürfnissen und Begabungen entsprechend geschult und gezielt auf das Leben nach der Schule vorbereitet werden. Das fördert die Integration – für alle.



Përparim Avdili

**Përparim Avdili (36) ist Präsident der FDP Stadt Zürich, Gemeinderat und Vorstand im Verein Second@s. Beruflich ist Avdili in leitender Funktion im Bereich berufliche Vorsorge tätig.**

### NEIN

Integration bedeutet für mich das Akzeptieren von Grenzen. Das gilt im Umgang mit Kindern mit besonderen Bedürfnissen, und das gilt genauso für die Umsetzung der Integration.

Die Volksschule strauchelt, doch die Förderklassen-Initiative verfehlt das Ziel. Denn der Begriff Förderklasse ist eine wohlklingende Alternative für Kleinklassen. Diese sind gemäss Volksschulgesetz §35 Abs. 5 bereits möglich. Die Akzeptanz jedoch, sein Kind in einer Kleinklasse beschulen zu lassen, ist bei den Eltern gering, denn sie fürchten eine Stigmatisierung.

Darum sind andere Massnahmen gefragt.

So sollen die Schulen mehr Spielraum bei der Ressourcenzuteilung erhalten, um bei Bedarf Kleingruppen führen zu können. Das entsprechende Projekt läuft bereits.

Um alle Beteiligten einer Regelklasse zu entlasten, muss sich der Kanton endlich für ausreichend Plätze an externen Sonderschulen einsetzen. Heute müssen Kinder mit ausgewiesenem Bedarf an externer Sonderschulung integriert werden, weil kaum Plätze gefunden werden.

Seit einigen Jahren treten Kinder mit massgeblichen Entwicklungsdefiziten in die Schule ein. Sie werden in den ersten Lebensjahren zu wenig gefördert und verbringen stattdessen zu viel Zeit vor dem Bildschirm. (Zu) spätes Intervenieren verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten. Darum muss die frühe Förderung dringend verstärkt werden.

Wie von der FDP Schweiz gefordert, soll auf die zweite Fremdsprache verzichtet werden. Die dringende Fokussierung auf Deutsch ermöglicht die Grundlage für das Erlernen weiterer Sprachen im späteren Ausbildungsverlauf. Eine weitere Fremdsprache soll dafür bereits ab der Mittelstufe als Freifach angeboten werden.

Mit diesen Massnahmen können die wertvollen Aspekte der integrativen Schule erhalten werden, während das System Schule entlastet wird und der Bildungsauftrag wieder in den Vordergrund rückt.



Raffaella Fehr

**Raffaella Fehr (39) ist Vizepräsidentin der FDP Kanton Zürich. Fehr ist Betriebsökonomin und Unternehmerin. Seit 2019 sitzt Sie für die FDP im Kantonsrat. Fehr ist verheiratet und hat zwei Töchter.**

# Energiepolitik: Mit diesen Rezepten sorgt die FDP für Versorgungssicherheit

Aus dem Kantonsrat



Mit Solarzellen an Lärmschutzwänden könnte viel Strom produziert werden. (Bild: PD)

In der Energiepolitik setzt die FDP auf Technologieoffenheit und Innovation. Im Kantonsrat haben Freisinnige zudem pragmatische Vorstösse zur Solar- und Windenergie eingereicht, um einen Beitrag an die Versorgungssicherheit zu leisten.

Eine stabile und bezahlbare Energieversorgung ist für die Bevölkerung und die Wirtschaft zentral. Barbara Franzen, FDP-Kantonsrätin und Präsidentin der Kommission für Planung und Bau, bringt es so auf den Punkt: «Wer Versorgungssicherheit sagt, sagt Technologieoffenheit.» Die FDP setze auf Lösungen, statt Probleme ideologisch zu bewirtschaften. Leider sei die Energiestrategie des Kantons Zürich strategisch zu wenig durchdacht. Umso wichtiger sei, mit politischen Vorstössen auch auf kantonaler Ebene ein gesamtheitliches Vorgehen einzubringen. Neben einer grundsätzlichen Technologieoffenheit gelte es, spezifisch das Potenzial der Geothermie und von modernen Speichertechnologien zu nutzen.

Im Kantonsrat hat die FDP verschiedene Vorstösse eingereicht, die zur Versorgungssicherheit beitragen sollen. Drei Vorstösse betreffen die Solarenergie. Erstens wird der Regierungsrat in einem Postulat von Marc Bourgeois gebeten, zu prüfen, wie die Infrastruktur entlang der Nationalstrassen zeitnah zur Energiegewinnung mittels nicht gebäudegebundener Photovoltaikanlagen genutzt werden kann. Zweitens verlangt FDP-

Kantonsrat Simon Vlk, dass kleine Solaranlagen bis zu einer Fläche von 35 m<sup>2</sup> nicht mehr meldepflichtig sind; bisher sind nur steckfertige Solaranlagen bis zu 4 m<sup>2</sup> von der Bewilligung befreit. Und drittens verlangt Barbara Franzen in einem Postulat, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie Agri-Photovoltaikanlagen im Kanton gefördert werden können; «Agri-Photovoltaik» ist ein innovatives Konzept, das landwirtschaftliche Flächen sowohl für die Lebensmittelproduktion als auch für die Stromerzeugung durch Solarenergie nutzt. Barbara Franzen will vom Regierungsrat in einem Postulat zudem wissen, wie er das Potenzial der tiefen Geothermie mit neuen Verfahren zu erschliessen gedenkt. Zudem lotet sie in einer Anfrage das Potenzial von Pflanzenkohle als CO<sub>2</sub>-Speicher aus.

Bezüglich der Windenergie-Standorte begrüsst die FDP, dass der Regierungsrat seine Pläne konkretisiert und die Zahl der Potenzialgebiete von 52 auf 20 reduziert hat. Die FDP wird den weiteren Prozess kritisch verfolgen. Bei der Festsetzung der Standorte müssen die Gemeinden und die Bevölkerung mitwirken können.

Diese Vorstösse wurden von der FDP im Zürcher Kantonsrat eingereicht oder behandelt



## Postulat 87/2024:

### Weniger Bürokratie, mehr Solarkraft

FDP-Kantonsrat Simon Vlk setzte sich gemeinsam mit Mitgliedern aus den Parteien SVP Kanton Zürich, Die Mitte Kanton Zürich und SP Kanton Zürich dafür ein, bürokratische Hürden bei Solaranlagen zu beseitigen. Das Postulat wurde am 27. Mai diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen.

## Postulat 432/2022:

### Staatsstrassen als Kraftwerke

Künftig sollen vermehrt auch National- und Staatsstrassen mit Solarpanels ausgestattet werden. Böschungen, Lärmschutzwände, Überdachungen, Einhausungen und Raststätten sollen für die Energiewende genutzt werden. Der Kantonsrat überwies das FDP-Postulat vor der Sommerpause mit 106 gegen 65 Stimmen – gegen den Widerstand der Grünen. Eingereicht wurde der Vorstoss von Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) und Marc Bourgeois (FDP, Zürich).

## Postulat 185/2024:

### Solarpanels auf dem Acker?

«Agri-PV» ist ein innovatives Konzept, das landwirtschaftliche Flächen sowohl für die Lebensmittelproduktion als auch für die Stromerzeugung durch Solarenergie nutzt. Die FDP fordert, dass der Kanton Zürich diese Idee prüft und weiterverfolgt. Das Postulat wurde am 26. August an den Regierungsrat überwiesen.

# 7 Fragen an den neuen FDP-Fraktionspräsidenten

Aus dem Kantonsrat

## Claudio, du bist seit Juli neuer FDP-Fraktionspräsident. Was bedeutet diese Rolle für dich?

Nun, ich sehe das Amt als Fraktionspräsident als Service für die Fraktion und die Partei. Ich erhoffe mir, dass ich insbesondere auch in der parteiübergreifenden Zusammenarbeit etwas bewirken kann und somit der Fraktion zu mehrheitsfähigen Vorstössen verhelfen kann. Ich möchte mich auch nicht vor meine Fraktionsmitglieder stellen, sondern versuchen, mein Amt so wahrzunehmen, dass ich ich Türen für die Fraktion öffnen kann.

## Und persönlich?

Zuerst einmal ganz viel Arbeit, denn ich muss mich in kurzer Frist mit den neuen Abläufen und der Geschäftsleitung vertraut machen. Dann muss ich mich neu organisieren, denn es kommen wohl jetzt einige (viele) Stunden Mehrarbeit auf mich zu, welche ich aber sehr gerne wahrnehme. Ich freue mich riesig!

## Der «Tages-Anzeiger» hat dich als Newcomer bezeichnet, weil du erst seit einigen Monaten im Kantonsrat sitzt.

Dem Amt trete ich mit einem grossen Respekt, aber auch viel Freude entgegen. Natürlich muss ich mich als eher Neuer im Kantonsrat umso mehr hineinknien – das mache ich aber gerne und mit Freude. Ich bin schon seit über zehn Jahren bei den Jungfreisinnigen respektive der FDP, ich war Präsident der Jungfreisinnigen Stadt Zürich und jetzt der Sektion 7 und 8 und war davor auch im Zürcher Gemeinderat. Diese Erfahrungen nehme ich gerne mit.

## Welche Lektionen aus deiner Zeit im Zürcher Gemeinderat kannst du in deine neue Rolle einbringen?

Politik = Menschen. Um politische Erfolge erzielen zu können, braucht es die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus. Manchmal kann ein Kaffee oder ein Bier mit jemanden aus einer anderen Fraktion den Ausschlag geben, politische Hürden zu überwinden. It's a people's business – das nehme ich aus dem Gemeinderat mit.

## Wie hast du dich auf diese Aufgabe vorbereitet?

Über den Sommer hatte ich Zeit, mich in wichtige Geschäfte, aber auch insbesondere in die Abläufe und Aufgaben des neuen Amtes einzulesen. Dazu

stehen mir weiterhin André Müller, der abgetretene Fraktionspräsident, aber auch meine beiden Vizepräsidenten Sonja Rueff und Michael Biber tatkräftig zur Seite. Dieser Support ist unverzichtbar – vielen Dank euch!

«Das Amt als Fraktionspräsidenten als Service.»

## Deine Schwester politisiert für die Grünliberalen. Hand aufs Herz: Gab es bei euch am Küchentisch oft Streit?

In jeder Familie gibt es ein schwarzes Schaf! (Lacht.) Scherz beiseite: Lustigerweise haben wir früher am Küchentisch nie über Politik gesprochen, das hat sich erst viel später entwickelt. Mein Vater war lediglich passives Mitglied der damaligen CVP, das war wohl der einzige direkte, aber doch eher untergeordnete Bezug zur Politik in meiner Kindheit.

## Die FDP hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Welche Vision hast du für die Zukunft der FDP im Kanton Zürich?

Ich sehe viel Potenzial bei der FDP. Entgegen vielen Meinungen haben wir insbesondere auch hervorragende Nachwuchskräfte, welche es zu fördern gilt. Im Campaigning müssen wir unbedingt noch Schritte nach vorne machen, hier sind andere Parteien uns zwei Schritte voraus. Zudem sind wir häufig mit der angezogenen Handbremse unterwegs – ich wünsche mir eine aktivere, frechere und nahbarere FDP. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen werden und die kommenden Wahlen mit unseren Wählerinnen und Wählern gewinnen werden!



Claudio Zihlmann (35) ist neuer Fraktionspräsident der FDP im Zürcher Kantonsrat. Zihlmann ist in Maur, Bezirk Uster, aufgewachsen und präsidiert aktuell die FDP Kreis 7 und 8. Beruflich leitet der Ökonom das Ressort Wirtschaftspolitik der Zürcher Handelskammer

## AUS DEM REGIERUNGSRAT

# Liberaler Wohnpolitik: Bauen statt verhindern

Die Wohnpolitik bleibt eines der vordringlichen Themen im Kanton Zürich. Alle wissen: Es herrscht Wohnungsknappheit. Denn es entstehen zu wenige neue Wohnungen. Die Mietpreise von freien Wohnungen steigen daher teils ins Unbezahlbare. Das öffnet verführerischen Parolen Tür und Tor. Fünf Initiativen zum Wohnungsmarkt allein auf kantonaler Ebene sprechen eine deutliche Sprache.

Zu einer Initiative hat der Zürcher Regierungsrat bereits Stellung genommen: Er lehnt die wohlklingende Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» ab. Denn diese bietet eine untaugliche Lösung für ein echtes Problem: Sie will den Gemeinden ein generelles Vorverkaufsrecht einräumen. Das wäre ein starker Eingriff in die Eigentumsgarantie und ein direkter Angriff auf die Vertragsfreiheit. Sodann ist die Initiative für die Steuerzahlenden teuer: Denn Gemeinden müssten Immobilien teuer kaufen – und mit Staatssubventionen wieder künstlich vergünstigen.

Sie ist auch unfair: Denn nur finanzstarke Gemeinden profitieren, da sich nur diese solche Staatsausgaben leisten können. Und vor allem führt die Initiative zu keiner einzigen zusätzlich gebauten Wohnung. Im Gegenteil: Es werden In-

vestoren sogar noch abgeschreckt. Aber es braucht mehr preisgünstige Wohnungen, das ist klar. Darum unterbreitet die Regierung einen Gegenvorschlag: Die Wohnbauförderung soll stark aufgestockt werden. Durch die partnerschaftliche und gleich hohe Mitfinanzierung der Gemeinden wird damit ein Potenzial von 720 Millionen Franken für den gemeinnützigen Wohnungsbau geschaffen. Und trotzdem kostet der Gegenvorschlag wenig, denn das Geld fliesst in Form von Darlehen an die Wohnbauträger – und damit zurück an die Steuerzahlenden. Zusätzlich will der Regierungsrat Massnahmen ergreifen, um das Bauen anzukurbeln und damit mittel- bis langfristig die Wohnungsknappheit zu mildern. Mehr Wohnungen bedeuten tiefere Preise. Davon werden alle Zürcherinnen und Zürcher profitieren. Zu den übrigen

Initiativen wird sich der Regierungsrat bald beraten. Fest steht: Wir benötigen Lösungen, die die Bautätigkeit anregen. Das heisst in einem Fingerhut: mehr Anreize, weniger Regulierung und Verhinderung – mehr Wohnungen durch mehr Markt.



**Carmen Walker Späh,**  
Regierungsrätin FDP Kanton Zürich

## AUS DEN ORTSPARTEIEN

# Freisinnige Erfolge im Kanton Zürich

In jeder Ausgabe werden Erfolgsgeschichten und Neuigkeiten aus drei Ortsparteien präsentiert. Erfahren Sie, wie und wo sich Freisinnige für eine zukunftsfähige Schule einsetzen, beim Schützenfest glänzen und in der Gemeinde Urdorf wichtige politische Weichenstellungen vornehmen. Habt ihr in eurer Ortspartei eine Erfolgsgeschichte, die ihr gerne teilen möchtet? Meldet euch gerne unter [info@fdp-zh.ch](mailto:info@fdp-zh.ch).



**Ortspartei Zürich**  
Bezirk Zürich

### Förderklassen-Initiative mit über 9200 Unterschriften eingereicht

Im Kanton Zürich sammeln seit Januar Bildungspolitikerinnen und -politiker von FDP, GLP und SVP Unterschriften für die kantonale «Volksinitiative für eine Schule mit Zukunft – fördern statt überfordern». Am 18. Juli wurde das Initiativbegehren mit über 9200 Unterschriften eingereicht. «Mit der Initiative verlangen wir als überparteiliches Komitee einen angemessenen qualitativ hochwertigen Unterricht für alle», erklärt FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois, Co-Präsidentin des Komitees.



**Ortspartei Stäfa**  
Bezirk Meilen

### Freisinnige Treffgenauigkeit beim Ratsherrenschieszen

Es war ein eindrückliches Bild auf dem Stäfner Frohberg, als am 15. Juli 2024 rund 700 Schützinnen und Schützen der Einladung zum traditionellen Ratsherrenschieszen folgten. Auch zahlreiche Vertreter und Magistraten der FDP nahmen am überparteilichen Schützenfest teil und waren in guter Gesellschaft – bereits der Zürcher Schriftsteller und Staatsschreiber Gottfried Keller beschwor in seinem Festgedicht auf das eidgenössische Schützenfest 1872 das Entstehen für die Freiheit.



**Ortspartei Urdorf**  
Bezirk Dietikon

### FDP und SVP stellen an Gemeindeversammlung Kürzungsantrag

Die FDP Urdorf hat zusammen mit der SVP Urdorf einen Antrag an der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2024 gestellt. Die beiden Parteien fordern damit, dass der Abgabesatz nicht 40 Prozent, sondern nur 20 Prozent betragen soll. «Mit der Grundstückgewinnsteuer partizipiert die Öffentlichkeit ja heute schon an Gewinnen», so der FDP-Co-Präsident Olivier Buchs. FDP und SVP sind beide der Ansicht, dass eine hohe Abgabe die gewünschte Verdichtung hemmen und Investoren abschrecken könnte.

## VERANSTALTUNGEN

## Der Zürcher Freisinn wächst!

Einmal im Jahr organisiert die Geschäftsstelle der FDP Kanton Zürich ein Willkommensfest für alle Neumitglieder. Diesen August nahmen rund 50 neue Parteimitglieder am Event teil – ein Rekord. Im historischen Züri-Tram Be 4/4 «Karpfen» ging es in ausgelassener Stimmung durch die Stadt.



## ZÜRCHER JUNGFREISINN

## Bundesrat Guy Parmelin wird Liberal Award 2024 verliehen

Zum 25. Mal verleihen die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich (JFZH) den Liberal Award. Der Preis wird jeweils einer Person oder Personen verliehen, die «einen namhaften Beitrag an eine liberale Gesellschaftsordnung» geleistet haben, wie es in den Satzungen des Liberal-Award-Komitees heisst.

Neben vielen interessanten Persönlichkeiten und Gruppierungen, wie letztjährig das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (WP), erhielten bereits zwei Bundesräte die Auszeichnung.

Der damalige Bundesrat Pascal Couchepin erhielt die Auszeichnung 2003, Altbundesrat Kaspar Villiger 2012. Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich verleihen den diesjährigen Preis an Bundesrat Guy Parmelin aufgrund seiner Arbeit in der Verhandlung und dem Abschluss des Freihandelsabkommens mit Indien.

Der Bundesrat hat gezeigt, dass ihm die Wirtschaft und das Wohlergehen der Bevölkerung wichtig sind. Das Abkommen wurde am 10. März 2024 in Delhi, Indien, gemeinsam mit Amtsvertretern aus Island unterzeichnet. Diese Unterzeichnung schliesst die 16 Jahre lange Verhandlung erfolgreich ab.

Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich setzen grosse Priorität auf eine liberale Wirtschaftspolitik mit wenig staatlichen Einschränkungen. Freihandelsabkommen sind uns entsprechend ein wichtiges Anliegen. Eine globalisierte Welt braucht eine offene Wirtschaft ohne Handelseinschränkungen und hohe Zölle. Die Verleihung findet am 14. Oktober in Zürich statt.

Hintergrundinformationen zum Preis und zur Verleihung sind auf unserer Website auffindbar: [www.liberal-award.ch](http://www.liberal-award.ch).

## Kolumne FDP Frauen Zürich

## Mit Biss und Weitblick



**Jamie Vrijhof-Droese**  
Vermögensverwalterin und  
Vorstandsmitglied FDP Frauen

Als Unternehmerin blühe ich in einem Alltag voller Termine, Events und Projekte auf. Hauptsächlich unterstütze ich US-Kunden bei der internationalen Diversifikation ihres Vermögens, doch meine Karriere umfasst viele weitere spannende Engagements – unter anderem meine Vorstandstätigkeit bei den FDP Frauen Kanton Zürich. Nach über einem Jahrzehnt in einem intensiven Arbeitstempo beschloss ich, mir zu meinem 30. Geburtstag eine sechswöchige Auszeit zu gönnen und ein besonderes Abenteuer zu erleben: eine 800 km lange Wanderung auf dem Jakobsweg. Ich wählte die Nordroute, startete in San Sebastián und wanderte 28 Tage allein die Nordküste Spaniens entlang bis nach Santiago de Compostela. Diese Wanderung zwang mich, mich vollständig von meinem Arbeitsalltag zu lösen – eine Trennung, die nur möglich war, weil ich mich auf mein unglaublich kompetentes und unterstützendes Team verlassen kann. Auf dem Jakobsweg ist kein Tag wie der andere, und diese Unberechenbarkeit erfordert Flexibilität und Anpassungsfähigkeit – Eigenschaften, die auch im Berufsleben, in der Politik und auf persönlicher Ebene entscheidend sind. Die täglichen Herausforderungen reichten von fehlenden Wegweisern über ausgebuchte Herbergen bis hin zur körperlichen Anstrengung, täglich fast 30 km mit Gepäck zu wandern. Dieses Abenteuer offenbarte mir viele Parallelen zur Arbeitswelt und zur Politik: Es braucht diverse gut abgestimmte Teams, eine gemeinsame Vision und die Bereitschaft, den Kurs bei Bedarf anzupassen. Wir Freisinnigen sollten uns nicht vor schwierigen Debatten und komplexen Themen scheuen. Die Vielfalt der Ideen und Ansichten innerhalb unserer Partei kann eine Quelle der Inspiration und Innovation sein, um nicht nur aktuelle Herausforderungen zu meistern, sondern auch eine zukunftsorientierte Politik zu gestalten.

Irina Bannwart, Foto: Damian Moor



## Bildung ist Wirtschaft

Bildungsexpertin Irina Bannwart im Interview

### Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

**Irina Bannwart:** Nach meinem Logopädie-Studium war ich acht Jahre als Logopädin und Schulleiterin in einer heilpädagogischen Schule tätig. Anschliessend wechselte ich in die Bildungsverwaltung, war als Projektleiterin und jetzt als Abteilungsleiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes tätig.

### Warum bist du in der FDP?

Seit ich 16 Jahre alt bin, engagiere ich mich politisch. Meine Wirtschaftsmatur hat mich geprägt, in der Politik die liberalen Werte in den Fokus zu nehmen. Ich bin der Meinung, dass Bildung und Wirtschaft enger miteinander verbunden sind, als oft gedacht wird. Weiter setze ich mich für eine volksnahe FDP ein. Leider habe ich die Erfahrung gemacht, dass wir immer noch mit dem Klischee kämpfen, eine Ü50-Partei von Juristen und Unternehmern zu sein. Ich möchte dafür sorgen, dass auch Personen mit anderen beruflichen und sozialen Hintergründen sich von der FDP angesprochen fühlen.

### Du bist Leiterin der Stabsstelle eines Deutschschweizer Volksschulamtes. Gibt es da Spannungen, was dein politisches Engagement, gerade auch im Bildungsbereich angeht?

Ich trenne klar zwischen meinen politischen Aktivitäten und meiner beruflichen Rolle. Ich habe immer offen über meine politische Tätigkeit gespro-

chen, auch bei Vorstellungsgesprächen. Als Abteilungsleiterin der Stabsstelle arbeite ich politisch neutral und lasse meine Parteipräferenzen nicht in meine Arbeit einfließen. Gleichzeitig muss ich sagen, dass die Grundausrichtung meiner beruflichen Tätigkeit gut zu meinen liberalen Werten passt. Ansonsten würde ich nicht hier arbeiten.

### Du warst auch Teil der Expertenkommission aus den Kantonen für das Bildungspapier der FDP Schweiz, das von den Delegierten am 22. Juni 2024 angenommen wurde. Wie lief die Entwicklung dieses Papiers ab?

Die Arbeitsgruppe wurde von der FDP Schweiz gegründet und bestand aus Mitgliedern aus verschiedenen Kantonen. Sabina Freiermuth, die Aargauische Kantonalpräsidentin lud mich als Fachexpertin aus dem Kanton Aargau in die Gruppe ein.

Wir begannen unsere Arbeit mit einer Online-Besprechung, in der wir uns über grundlegende Bildungsthemen austauschten und den Entwurf des Bildungspapiers diskutierten. Schon in dieser Sitzung konnten wir Änderungsvorschläge einbringen. In einer zweiten Runde wurde über diese Vorschläge abgestimmt. Ich war sehr aktiv, brachte viele Anträge ein und war begeistert, dass sich die FDP intensiv mit dem Thema Bildung auseinandersetzte. Ich dachte mir: «Wenn ich schon mitmache, dann gebe ich Vollgas.» Danach folgten schriftliche Rückmeldungen und Stellungnahmen,

«Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird.»

bis das Bildungspapier für die Delegiertenversammlung vorbereitet war.

### Wer war da dabei in der Arbeitsgruppe?

Wir waren 25 Personen, darunter ehemalige Rektoren, Leute aus der Praxis, Fachleute aus der Bildungsverwaltung und Schulpflege sowie Mitglieder von Bildungskommissionen in Gross- oder Kantonsräten.

*Anmerkung der Redaktion: Alle Kantone waren eingeladen, ihre Delegationen für die Arbeitsgruppe zu melden. Auch die Bildungsdirektorinnen und -direktoren der FDP sowie Regierungsrat Conrardin Cramer (FDP/BS) wurden in den Prozess einbezogen.*

### Gab es Unterschiede zwischen den Sprachregionen oder auch zwischen Kantonen?

Je nach Kanton sind andere Voten gekommen. Jeder Kanton hat mit den Volksschulen andere Bedürfnisse. Umso positiver ist, dass man sich auf das Papier einigen konnte.

### Welche spezifischen Fehlentwicklungen siehst du aktuell in der Volksschule?

Der Lehrplan umfasst viele Fächer und fördert die Schüler in verschiedenen Bereichen. Am Ende der Schulzeit stellt man jedoch fest, dass grundlegende Fähigkeiten wie das Schreiben einer Bewerbung oder einer E-Mail fehlen. Dieser Umstand ist für die Ausbildung und das weitere Leben der jungen Menschen problematisch.

Die Forderung nach Grundkompetenzen darf nicht nur auf fremdsprachige Schüler abgewälzt werden; alle Schüler brauchen diese Fähigkeiten. Fremdsprachige Schüler haben oft zusätzliche Herausforderungen. Und ein gewisses Mass an Sprache sollte sicherlich vorhanden sein, um dem Unterricht folgen und den Unterrichtsstoff aufnehmen zu können. Die Sprachverarmung ist ein allgemeines gesellschaftliches Problem, weil die angewendete Sprache von Social Media auf den alltäglichen

Irina Bannwart während der Diskussion und Beantwortung der Fragen zum Bildungspapier an der Delegiertenversammlung am 22. Juni 2024 in Möriken-Wildegg. Foto: Damian Moor



Sprachgebrauch abfährt – nicht unbedingt im Positiven.

**Wie geht es jetzt weiter in eurer Arbeitsgruppe?**

Es wäre schade, wenn diese Gruppe aufgelöst würde. Es ist wertvoll, zu sehen, wie andere Kantone und Bildungspolitikerinnen und -politiker arbeiten und ein gemeinsamer Austausch ist wertvoll. Es ist erfrischend zu erleben, dass es in der FDP mehr Bildungspolitiker gibt, als oft angenommen wird. Viele liberale Menschen sind im Bildungssektor aktiv, obwohl Bildung häufig als ein eher «linkes» Thema angesehen wird. Die Reaktionen auf das Bildungspapier zeigen, dass es viele Menschen im Bildungsbereich gibt, die nicht einfach nur eine linke Haltung haben.

**Du bist selbst im Wahlkampf als Grossrätin für den Bezirk Zofingen. Was ist deine Botschaft?**

Der Abbau von Bürokratie an Schulen ist mir ein

wichtiges Anliegen. Lehrpersonen sollten sich wieder auf den Unterricht konzentrieren können, ohne von administrativen Prozessen zwischen Verwaltung, Schule, Lehrpersonen und Schulleitung abgelenkt zu werden.

**Welche Forderungen des Bildungspapiers liegen dir besonders am Herzen?**

Aus meiner Sicht hat die Schule eine zentrale Aufgabe mit dem Sicherstellen von Tagesstrukturen oder Tagesschulen. Damit lässt sich Beruf und Familie besser vereinbaren. Das hat einen direkten Einfluss auf die Berufstätigkeit der Frauen. Hier zeigt sich die Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft.

Ein weiteres Anliegen ist mir, dass Eltern ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen und mit der Schule zusammenarbeiten. Die Schule hat einen Bildungsauftrag, der Erziehungsauftrag liegt bei den Eltern. Beide Aufgaben müssen Hand in Hand ge-

«Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.»

hen, und die Eltern sollten sich dessen bewusst sein. Dies betrifft nicht nur, wie oft fälschlicherweise angenommen, nur fremdsprachige Eltern. Es ist wichtig, alle Familien zu erreichen – sowohl aus sozioökonomisch schwächeren als auch aus wohlhabenderen Haushalten. Letztere können teilweise mit rechtlichen Schritte gegen Zeugnisse oder Entscheidungen der Lehrpersonen die Zusammenarbeit genau so schwierig gestalten.

**Wie waren die Reaktionen auf die Veröffentlichung des Bildungspapiers?**

Nach den medialen Berichten habe ich sowohl positive als auch negative Rückmeldungen erhalten, auch aus meinem bildungsnahen Umfeld. Etwa 80 Prozent der Reaktionen waren positiv. Selbst die kritischen Stimmen waren froh, dass Themen der Bildung von einer nationalen Partei angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.

**Gibt es sonst noch etwas, was du der FDP-Basis mitteilen möchtest?**

Es ist wichtig, sich zu engagieren – auch im Kleinen kann man etwas bewirken, selbst als Mitglied in einer Ortspartei. Entscheidend ist, dass man sich mit Politik auseinandersetzt. Unser einzigartiges Schweizer System lebt davon, dass die Menschen sich mit verschiedenen Themen beschäftigen und aktiv mitbestimmen, sei es durch Wählen oder Abstimmen.



350 Delegierte stimmten am 22. Juni 2024 dem Bildungspapier für die Volksschule zu. Foto: Damian Moor



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Bild: Adobe Stock / Contrastwerkstatt



## Volksschule am Anschlag: Zurück zum Bildung

17 Handlungsfelder für eine chancengerechte und zukunftsorientierte Bildung unserer Kinder

Unsere Volksschule ist für den Kitt in der Gesellschaft, die Wirtschaft und den Erfolg der Schweiz von allergrösster Bedeutung. Nur wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten fundiert und praxisnah auszubilden, sind wir in der Lage, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Das liberale Erfolgsmodell setzt voraus, dass jeder und jede die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hat. Das wiederum ist nur mit einer soliden Ausbildung möglich. Dieses Erfolgsmodell ist seit jüngster Zeit gefährdet. Trotz des täglichen und unermüdlichen Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer, sowie weiterer Fachpersonen, gerät die Volksschule in verschiedenen Kantonen und Gemeinden zunehmend an den Anschlag. Es ist an der Zeit, einige Fehlentwicklungen zu korrigieren.

### 1 Grundkompetenzen, Grundkompetenzen, Grundkompetenzen

Die Volksschule muss sich heute mit allen möglichen gesellschaftlichen Themen befassen und hat allzu oft nicht mehr die Zeit, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: die Vermittlung der Grundkompetenzen. Mit Lesen, Schreiben und Rechnen

erhalten die Kinder ein stabiles Fundament, das sie befähigt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv an der Demokratie teilzunehmen.

### 2 Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht

In der Praxis hat sich die integrative Schule

zu wenig bewährt. Sie benachteiligt unter den gegebenen Voraussetzungen die lernschwachen Kinder und hindert den Regelunterricht. Integration ist erstrebenswert, aber Inklusion um jeden Preis ist nicht zielführend.

### 3 Schulnoten bleiben erhalten

Die FDP fordert ein transparentes und einfach anwendbares Bewertungs- und Beurteilungssystem, das die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler abbildet und Vergleiche ermöglicht. Es ist wichtig, die Fortschritte der Schulkinder zu überprüfen. Ideologisch motivierte Versuche, Noten abzuschaffen, sind abzulehnen.

### 4 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler erhalten Intensivkurse der Unterrichtssprache, bevor sie in eine Regelklasse wechseln

Kinder, welche die Unterrichtssprache (noch) nicht beherrschen, sind oft überfordert und beanspruchen die erhöhte Aufmerksamkeit der Lehrpersonen, so dass weniger Ressourcen für die anderen Kinder übrig bleiben und der Regelunterricht zu



ten Schritt kritisch hinterfragt werden, auf welche Berichte und Formulare verzichtet werden kann.

## 8 Leistung muss sich lohnen – auch bei Lehrpersonen

Viele Schulen leiden unter akutem Fachkräftemangel. Die Politik und die Schulen müssen Anreize und Strukturen schaffen, damit Lehrpersonen vermehrt ihre Pensen erhöhen: Unterstützen die Schulleitungen, heterogene Klassenzusammensetzungen zur Vermeidung hoch belasteter Klassen innerhalb einer Schule, Weiterbildung in der unterrichtsfreien Zeit, um die Schulwochen nicht zusätzlich zu befrachten, sowie die Vermeidung von Belastungsspitzen während der Schulwochen können dazu beitragen, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder vermehrt Vollzeit arbeiten.

## 9 Stoppt die Bildungsbürokraten und stärkt die Lehr- und Fachpersonen

Innovationen entstehen in der Praxis und nicht in den Amtsstuben. Wir müssen den Ideenwettbewerb der einzelnen Schulen fördern und nicht durch Paragraphen verhindern. Wichtige Entschiede müssen dort gefällt werden können, wo mit den Kindern gearbeitet wird. Die Lehrperson – und nicht ein Funktionär oder Berater – weiss am besten, was seine Schülerinnen und Schüler brauchen, um die Bildungsziele zu erreichen.

## 10 Pädagogische Hochschulen

Die Ausbildung (Grundausbildung, Weiterbildungen) an der pädagogischen Hochschule bereitet das (angehende) Lehrpersonal auf den Schulalltag vor. Die Lehrpläne sind realitätsnah und praxisorientiert auszugestalten.

## 11 Keine Smartphones im Unterricht auf Primarschulstufe

Smartphones und andere elektronische Geräte (bspw. Smartwatches) beeinträchtigen die Aufmerksamkeit, das Lernen und die sozialen Beziehungen. Sie sind während des Unterrichts auszuschalten und wegzulegen.

## 12 Digitalisierung: Chancen nutzen, Risiken erkennen

Neben den vielen Vorteilen der Digitalisierung weisen Forschungsergebnisse inzwischen auch auf negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb hin. Der Einsatz von digitalen Hilfsmitteln in der Schule muss überlegt und gezielt erfolgen und laufend den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden.

## 13 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bieten die Schulen

Tagesstrukturen an. Die Angebote sind freiwillig und kostengünstig auszugestalten.

## 14 Bildungswege aufzeigen

Kinder und Jugendliche erhalten die Möglichkeit, ihre eigenen Fähigkeiten und die ganze Breite der Berufswelt zu entdecken. Dazu werden die Vorteile der verschiedenen Bildungswege (Berufslehre, Berufsmaturität, Gymnasium etc.) den Kindern und Eltern frühzeitig und neutral vermittelt. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermittlung von schweizerischen Besonderheiten (z. B. duales Bildungssystem) für zugezogene Eltern und Kinder gelegt.

«Die integrative Schule erreicht die Ziele nicht.»

kurz kommt. Bevor fremdsprachige Kinder in die Volksschule eintreten, ist der Fokus deshalb konsequent auf das Erlernen der lokalen Sprache zu setzen.

## 5 Die Erstsprache hat Priorität

Auf Primarschulstufe muss das Erlernen der Erstsprache Priorität haben. Die abnehmenden Sprachkompetenzen in den lokalen Landessprachen sind ein Alarmsignal und sprechen für sich. Zweit- oder Fremdsprachen sollen erst vermittelt werden, wenn sie nicht das Erlernen der lokalen Erstsprache beeinträchtigen.

## 6 Respekt im Schulzimmer

Anstand lässt sich bekanntlich nicht regulieren. Der Staat soll sich auch nicht in die elterliche Erziehung der Kinder einmischen. Doch gewisse Zustände in Schweizer Klassenzimmern sind unhaltbar. Das Lehrpersonal verdient Respekt – von den Kindern und von den Eltern. Für erfolgreiches Lernen braucht es Phasen der Ruhe und Struktur.

## 7 Weniger Formulare, mehr Unterricht

Die zunehmende Bürokratie an den Volksschulen muss auf das Wesentliche reduziert werden, denn sie geht zu Lasten des Kerngeschäfts: des Unterrichts. Dazu muss in einem ers-

## 15 Mehr Schweiz

Die Geschichte und das politische System der Schweiz dürfen nicht vernachlässigt werden. Nur wenn die Kinder und Jugendlichen unser Land verstehen, erhalten sie das Rüstzeug, um mündige und aktive Teilnehmende unserer Demokratie zu werden.

## 16 Keine Ideologie und woke Lehrmittel

Die persönliche politische Meinung bilden sich Kinder und Jugendliche selbst. Die Vermittlung des Unterrichtsstoffes erfolgt deshalb möglichst neutral und die Medienkompetenz sowie schliesslich das eigene Urteilsvermögen sind zu stärken.

## 17 Nulltoleranz gegenüber Intoleranten

Fundamentalismus hat keinen Platz an unserer Volksschule. Niemand darf sich unter Berufung auf seine kulturelle und religiöse Identität über andere stellen oder unsere offene Gesellschaft ablehnen.

Dies ist eine gekürzte Version des Positionspapiers, das am 22. Juni 2024 von der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen verabschiedet wurde. Die ganze Version finden Sie hier: [www.fdp.ch/bildung](http://www.fdp.ch/bildung)

Simone Richner: Rechtsanwältin, Abteilungsleiterin, Stadträtin und Mutter.



«Meine Leidenschaft gilt der Verantwortung als Abteilungsleiterin und meiner Rolle als Mutter. Beides prägt mein Engagement für Gleichberechtigung und Freiheit.»

Als Mutter einer Tochter ist es mein grösster Wunsch, dass sie in einer Welt aufwächst, in der Gleichberechtigung nicht nur ein Ideal, sondern gelebte Realität ist. Ich möchte, dass sie die Freiheit hat, ihre Träume zu verfolgen, ohne sich durch Hindernisse eingeschränkt zu fühlen, die allein aufgrund ihres Geschlechts bestehen. Mein Engagement wird von den starken Frauen in meiner Familie inspiriert, die mir den Weg gewiesen haben. Meine Mutter, die mir bis heute tagtäglich Eigenständigkeit vorlebt, sowie meine Grossmutter, die als eine der ersten Frauen in der Schweiz einen Dokortitel in Rechtswissenschaften erwarb, und meine Tante, die als erste Staatsanwältin des Kantons Bern eine Pionierin war, haben mir gezeigt, was es bedeutet, für seine Überzeugungen einzustehen.

### Wie lebst du Gleichberechtigung in deinem Familienalltag?

In unserem Familienalltag legen mein Partner und ich grossen Wert darauf, die Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung gleichberechtigt zu teilen. Wir beide arbeiten und es ist uns wichtig, dass unsere Tochter sieht, wie man Verantwortung miteinander teilt, und dass beide Elternteile gleichermaßen an ihrer Erziehung und ihrem Wohlbefinden beteiligt sind.

### Was gelingt euch dabei gut?

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir eine ausgewogene Balance zwischen unseren beruflichen und familiären Verpflichtungen gefunden haben. Diese Balance ermöglicht es uns, unsere Tochter in einem stabilen und unterstützenden Umfeld aufwachsen zu lassen, während wir beide beruflich erfolgreich sind. Es erfüllt mich mit Freude, zu sehen, wie sie in einem Umfeld aufwächst, das von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

## Gleichberechtigung im Alltag

### Mama und Führungskraft

#### Wer bist du? Kannst du dich kurz vorstellen?

*Simone Richner:* Mein Name ist Simone Richner, ich bin 38 Jahre alt und habe das Glück, in meiner beruflichen Laufbahn als ausgebildete Rechtsanwältin und Abteilungsleiterin in einem kantonalen Amt Verantwortung für ein grossartiges Team von 73 Menschen zu tragen. Diese berufliche Rolle erfüllt mich sehr, doch noch bedeutender ist für mich meine Rolle als Mutter einer wunderbaren drei Jahre alten Tochter.

#### Wie bist du mit der FDP verbunden?

Ich bin aktuell Stadträtin in Bern und habe in der FDP sowohl auf städtischer als auch kantonaler Ebene in verschiedenen Funktionen mitgewirkt, unter anderem als Mitglied der Parteileitung und als Vizepräsidentin. Eine besondere Ehre war es, als erste Frau das Präsidium der Jungfreisinnigen im Kanton Bern zu übernehmen. Mein Herz schlägt für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit – Grundsätze, die nicht nur mein politisches Engagement prägen, sondern auch meinen Alltag als berufstätige Mutter.

#### Was heisst für dich Gleichberechtigung?

Gleichberechtigung bedeutet für mich, dass jede und jeder unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder anderen persönlichen Merkmalen die gleichen Chancen verdient. Es geht darum, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und sicherzustellen, dass niemand aufgrund von Vorurteilen oder gesellschaftlichen Stereotypen benachteiligt wird. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine gerechtere Gesellschaft für uns alle ein Gewinn ist.

#### Was bedeutet für dich «liberale Gleichstellung»?

Libérale Gleichstellung bedeutet, dass wir als Gesellschaft die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Chancengleichheit möglich ist, ohne dabei die individuelle Freiheit und Verantwortung des Einzelnen einzuschränken. Es geht darum, Menschen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und selbstbewusst Entscheidungen zu treffen, ohne in traditionelle Rollenbilder gezwängt zu werden. Diese Freiheit ist es, die uns wirklich voranbringt.

#### Was treibt dich persönlich an, dich für Gleichberechtigung einzusetzen?



Wahlplakat für den Nationalrat im Herbst 2023.



Simone Richner mit ihrer Tochter beim Abstimmen.

### Was empfindest du dabei als herausfordernd?

Die grösste Herausforderung besteht oft darin, die Erwartungen der Gesellschaft mit unseren eigenen Vorstellungen von Gleichberechtigung zu vereinen. Es erfordert viel Organisation, enorme Flexibilität und vor allem eine sehr gute Kommunikation, um sicherzustellen, dass alle Bedürfnisse in der Familie berücksichtigt werden und wir gleichzeitig unseren beruflichen Zielen gerecht werden können. Welche Massnahmen sind aus Sicht der FDP besonders wichtig, um Chancengleichheit zu fördern? Die FDP setzt sich für die Förderung flexibler Arbeitsmodelle ein, die es Familien erleichtern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Modernisierung der beruflichen Vorsorge, wie sie in der BVG-Reform vorgesehen ist.

### In welchem Bereich muss noch viel getan werden aus deiner Sicht?

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Es braucht dringend mehr Betreuungsmöglichkeiten und eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung dafür, dass auch Männer eine aktive Rolle in der Kindererziehung und im Haushalt übernehmen.

### Wie kann ich als Mitglied der FDP Gleichberechtigung fördern?

Als Mitglied der FDP kannst du viel bewirken, indem du dich aktiv in die politische Arbeit einbringst. Teile deine Erfahrungen, sprich darüber

und engagiere dich für Initiativen, die flexible Arbeitsmodelle voranbringen und die berufliche Vorsorge modernisieren. Darüber hinaus kannst du in deinem persönlichen Umfeld und in der Gesellschaft dazu beitragen, Frauen in Führungspositionen zu stärken.

## «Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit.»

nen zu stärken, indem du sie ermutigst und unterstützt. Es ist entscheidend, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen, damit Gleichberechtigung nicht nur ein Ziel bleibt, sondern in unserem Alltag wirklich gelebt wird.

### Warum sollten unsere Leser/Leserinnen Ja zur BVG-Revision stimmen?

Die BVG-Reform ist ein bedeutender Schritt, um unsere Altersvorsorge zu modernisieren und gerechter zu gestalten. Sie schliesst Rentenlücken, insbesondere für Teilzeitarbeitende und Frauen, und fördert die Generationengerechtigkeit. Durch die Senkung der Eintrittsschwelle und des Koordi-

nationsabzugs wird es viel mehr Menschen möglich sein, von der zweiten Säule zu profitieren. Diese Reform ist nicht nur fair, sondern auch zukunftsweisend, und sie stärkt unser bewährtes Dreisäulenmodell.

### Was du der «Freisinn»-Leserschaft sonst noch sagen willst.

Ich möchte die Leserinnen und Leser ermutigen, sich weiterhin aktiv für die Werte der Freiheit, Selbstverantwortung und Chancengleichheit einzusetzen. In einer Zeit, in der Freiheit immer mehr in Frage gestellt wird, ist es wichtiger denn je, für unsere Überzeugungen einzustehen. Links-grüne Forderungen nach immer mehr Regulierungen und Einschränkungen bedrohen die Individualität und Vielfalt, die unsere Gesellschaft stark machen. Jeder von uns kann einen Beitrag leisten, sei es durch politisches Engagement, durch das Setzen von Vorbildern im Alltag oder durch die Unterstützung von Initiativen, die unsere Gesellschaft gerechter und freier machen.



Das Interview führte Eveline Würzler, Redaktionsleiterin «Freisinn».

Yannick Berner setzt sich als FDP-Grossrat und Unternehmer für ein Ja zur BVG-Reform ein.



# Als Unternehmer für die BVG-Reform

Kommentar von Yannick Berner

Als Liberaler, Unternehmer und einst zukünftiger Rentner bin ich klar für die BVG-Reform. Im vollen Bewusstsein, dass es sich bei der Vorlage um einen politischen Kompromiss handelt, ist die Reform notwendig, um die 2. Säule nachhaltig und fair zu gestalten.

Die BVG-Reform bietet die Chance, bestehende Ungerechtigkeiten im Rentensystem zu verbessern. Viele Teilzeitarbeitende und insbesondere Frauen erhalten heute keine BVG-Rente. Hinzu kommt, dass die Rentenversprechen im BVG zu hoch sind und die Erwerbstätigen die Rentner querfinanzieren. Das Resultat? Ein zunehmend fragiles System, das unsere Solidarität überstrapaziert und dringend reformiert werden muss.

### Reform für Unternehmer eine Herausforderung

Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass diese Reform auch für uns als Unternehmer eine Heraus-



Das Familienunternehmen URMA AG produziert innovative Präzisionswerkzeuge mit einem Exportanteil von über 95 Prozent. Eingesetzt werden die Schweizer Produkte unter anderem in der Automobil- und Flugzeugindustrie.

forderung darstellt. Es ist richtig, dass eine Annahme der Vorlage zu höheren Kosten führen wird. Mehr Mitarbeitende werden obligatorisch in der beruflichen Vorsorge versichert sein, was für uns höhere Lohnabzüge bedeutet. Doch genau hier setzt die Verantwortung an, die wir als Unternehmer in der Gesellschaft tragen. Lassen Sie mich dies anhand eines Beispiels verdeutlichen: Nehmen wir an, eine Teilzeitangestellte in unserem Unternehmen verdient 30 000 Franken pro Jahr. Nach den aktuellen Regeln sind nur 4275 Franken oder 14 Prozent ihres AHV-Lohnes im BVG versichert. Mit der Reform erhöht sich der versicherte Lohn auf 24 000 Franken, das sind 80 Prozent ihres Lohnes. Auf dieser Basis lässt sich ein solides Altersguthaben ansparen. Für uns als Arbeitgeber bedeutet dies höhere Beiträge, doch für die Angestellte bringt es eine signifikante Verbesserung ihrer Altersvorsorge und garantiert eine schönere Rente.

### Wer, wenn nicht die FDP?

Als Unternehmer bin ich bereit, diesen Schritt zu wagen. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Reform ein Ziel erreichen, das besonders Frauen und Menschen mit niedrigem Einkommen zugutekommt. Diese Reform ist nicht nur eine Investition in die Zukunft unserer Mitarbeitenden, sondern

«Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen.»

auch in die Stabilität unseres Rentensystems. Und dieses gilt es zu schützen: Die Abstimmungen vom 3. März 2024 sollten uns zu denken geben. Wir müssen die Akzeptanz gegenüber dem Dreisäulensystem stärken. Denn die linken Parteien und Gewerkschaften warten mit ihren Ideen zum AHV-Ausbau und der Schwächung der 2. und 3. Säule in ihren Startlöchern. Wer, wenn nicht die FDP, sorgt sonst dafür, dass die eigens angesparte Altersvorsorge auch die eigene bleibt?

### Verantwortung für die Stabilität des Rentensystems übernehmen

Die Dringlichkeit ist offensichtlich. Je länger wir zögern, desto gravierender werden die Probleme unserer Altersvorsorge. Die BVG-Reform bietet eine realistische und umsetzbare Lösung für die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Gerne betone ich nochmals, dass die BVG-Reform ein Kompromiss ist. Doch wer meint, dass wir die gleichen Ziele mit einem Nein zur Reform erreichen, der irrt sich. Es ist enttäuschend, dass gerade linke Kräfte das Referendum ergriffen haben. Anstatt sich für eine sinnvolle und gerechte Lösung einzusetzen, verfallen sie in alten Klassenkampf-Rhetoriken und verhindern so den Fortschritt.

Jetzt ist der Moment, Verantwortung zu übernehmen und für eine gerechtere und nachhaltigere Altersvorsorge zu kämpfen. Als Unternehmer bin ich mir sicher: Die BVG-Reform ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.



Yannick Berner,  
CEO URMA AG und Aargauer FDP-Grossrat

Bild: kaisin.



## BVG-Reform aus Gastro-Sicht

Kaisin.-Mitbegründer Andri Silberschmidt im Interview

Inmitten der laufenden Debatten zur BVG-Reform werfen wir einen Blick auf die Perspektive eines engagierten Unternehmers. Andri Silberschmidt, Mitbegründer und Verwaltungsratspräsident der Kaisin. und Nationalrat für den Kanton Zürich, gibt uns Einblicke, wie die Reform seiner Meinung nach die berufliche Vorsorge verbessern könnte.

### Welche Auswirkungen hat ein Ja zur BVG-Reform auf Kaisin.?

Die Mitarbeitende sowie die Kaisin. als Arbeitgeberin würden mehr Beiträge in die berufliche Vorsorge einzahlen und deshalb eine höhere Rente im Pensionsalter haben.

### Warum sagst du als Gastro-Unternehmer Ja zur BVG-Reform?

Die berufliche Vorsorge muss mit der Zeit gehen und Menschen mit einem tiefen Einkommen eine

bessere Absicherung ermöglichen. Die Senkung des Koordinationsabzuges und der Eintrittsschwelle stellen genau dies sicher. Dank der Senkung der Beiträge der über 55-Jährigen sinken ihre Lohnnebenkosten, was im Sinne der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu begrüssen ist.

### GastroSuisse spricht sich gegen die BVG-Reform aus. Sie begründete ihre Position mit den anfallenden Mehrkosten. Was entgegnest du als Betroffener deinem Verband?

Wenn man einen reinen Kostenblick hat, müsste man das BVG abschaffen, denn dann hätte man gar keine Kosten. Das würde aber zu Altersarmut führen, denn die Armutsstatistik zeigt klar: Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass die berufliche Vorsorge gestärkt wird – das gibt es nicht gratis zu haben.

### Was sind deiner Meinung nach die grössten Herausforderungen oder Bedenken bei der Umsetzung der Reform in der Praxis?

Die Formulierung der Rentenzuschläge für die Übergangsgeneration (alle über 50) ist nicht nach

«Menschen mit einer Rente aus der beruflichen Vorsorge sind markant weniger stark von Altersarmut betroffen.»

unserem Gusto. Es profitieren auch Menschen von einem Rentenzuschlag, welche gar keine Renteneinbussen aufgrund der Senkung des Umwandlungssatzes haben. Das ist unschön und ich verstehe, dass das vor allem in Kreisen von Expertinnen und Experten kritisiert wird. Deshalb aber die ganze Reform abzulehnen, wird die Reformfähigkeit der beruflichen Vorsorge negativ beeinträchtigen.

### Wie könnten die geplanten Anpassungen dazu beitragen, das Vertrauen in die berufliche Vorsorge zu stärken?

Dank der Reform erhalten über hunderttausend Personen Zugang in die berufliche Vorsorge. Nicht nur sie zahlen neu Beiträge, sie profitieren auch von den Beiträgen ihrer Arbeitgeber sowie der Verzinsung, welche über das ganze Erwerbsleben einen Drittel mehr Rente ermöglicht. Das ist ein grosser Fortschritt und ermöglicht vielen Menschen, die nicht ihr Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, eine massive Verbesserung ihrer Rente (bis zu dreimal mehr Rente aus der beruflichen Vorsorge!).

### Die Umfragen deuten auf ein Nein hin. Was wären die Folgen einer Ablehnung der BVG-Reform?

Wir wären wieder auf Feld 0 und die Linke würde ihrem Ziel zur Schwächung der beruflichen Vorsorge einen Schritt näher sein.

Mehr zu Kaisin. auf: <https://kaisin.ch/>



Das Interview führte Eveline Würigler, Redaktionsleiterin «Freisinn».



Nationalrat Andri Silberschmidt.

KI-generiertes FDP-Kampagnenbild zur BVG-Reform.



# Warum Frauen profitieren

## Zwei Anschauungsbeispiele

Die berufliche Vorsorge muss dringend reformiert werden: Zum einen stehen die Renten aufgrund der steigenden Lebenserwartung und tieferen Anlagerenditen unter Druck. Zum andern können sich viele Erwerbstätige – darunter überwiegend Frauen – kein Alterskapital in der 2. Säule ansparen, da sie Teilzeit arbeiten. Am 22. September 2024 stimmt die Schweizer Bevölkerung über einen Reformvorschlag ab, mit dem die Berufsvorsorge zukunfts- und frauentauglicher werden soll.

Luisa und Martina (beide 30-jährig) arbeiten im Inselspital Bern. Luisa ist Reinigungskraft und – da alleinerziehend – in einem 60%-Pensum angestellt. Martina arbeitet in der Pflege, hat keine Kinder und arbeitet 100%.

Wie würde sich die BVG-Reform auf die Renten der beiden Frauen auswirken? Stimmt es, wenn ein Komitee aus Gewerkschaften und Linksparteien behauptet, dass die Vorlage ein «Bschiss» sei, weil Erwerbstätige mehr bezahlen müssten und zum Schluss gar weniger Rente erhielten? Lassen Sie mich Luisa und Martina für die Abstimmung am 22. September 2024 beraten:

### Ausgangslage: Unser Vorsorgesystem

Die Schweizer Vorsorge basiert auf drei Säulen: Die 1. Säule (AHV/IV) dient der Existenzsicherung und die 2. Säule soll den gewohnten Lebens-

standard auch im Alter oder bei Invalidität erhalten. Mit der 3. Säule kann durch individuelles Sparen die Altersrente verbessert werden.

Die 1. Säule funktioniert durch ein Umlageverfahren: Die aktuell erwerbstätige Bevölkerung finanziert durch Lohnbeiträge bereits berentete Personen.

Die 2. Säule funktioniert im Kapitaldeckungsverfahren: Erwerbstätige und ihre Arbeitgeber zahlen Beiträge an die berufliche Vorsorge. Das so angesparte Kapital wird über Jahrzehnte verzinst. Leistungen der beruflichen Vorsorge erfolgen entweder, indem das angesparte Kapital nach der Pensionierung/bei Invalidität in Form einer Rente ausbezahlt wird. Alternativ ist bei der Pensionierung (und teilweise bei Invalidität) auch ein einmaliger Bezug der Vorsorge in Kapitalform möglich. Verstirbt eine Person vor Erreichen des

Pensionsalters, kann ihr Vorsorgeguthaben («Todesfallkapital») teilweise von Angehörigen bezogen werden.

### Berechnung der Rente aus der Berufsvorsorge

Die Rente aus der 2. Säule wird durch Multiplikation des angesparten Kapitals mit dem Umwandlungssatz berechnet. Für einen versicherten Lohn zwischen 22 050 und 88 200 Franken (sogenanntes «BVG-Obligatorium») gilt derzeit ein Mindestumwandlungssatz von 6,8%. Die meisten Pensionskassen versichern Löhne über das Obligatorium hinaus. Für Löhne, die dem Überobligatorium unterliegen, gilt kein Mindestumwandlungssatz.

### Pensionskassen unter Druck

Wie auch die AHV ist die berufliche Vorsorge derzeit nicht auf die lange Lebensdauer ihrer Versicher-

ten ausgelegt. Es droht, dass – entgegen ihrer Idee – auch in der Säule 2 die gegenwärtig Erwerbstätigen zur Rente der bereits Berenteten beitragen und so ihr eigenes Sparkapital tangiert wird. Zudem haben die Pensionskassen unter anderem wegen des seit langem tiefen Zinsumfelds Mühe, ausreichende Erträge an den Finanzmärkten zu erzielen, um das Sparkapital ihrer Versicherten zu erhöhen.

## BVG-Lösung 1. Teil:

Um der Gefahr eines ungerechten und gesetzeswidrigen Verzehr von Sparguthaben über Generationen hinaus zu begegnen, sollen folgende Massnahmen getroffen werden:

- Der Umwandlungssatz in der obligatorischen Versicherung wird auf 6% gesenkt.
- Im Gegenzug werden die Beitragssätze angepasst: Die jüngeren Erwerbstätigen und ihre Arbeitgeber leisten neu bis zum Alter von 34 höhere Lohnbeiträge als heute (9% bis zum Alter von 45). Für die älteren Erwerbstätigen gelten neu tiefere Beitragssätze (14% bis zum Alter von 65). Dass Arbeitgeber für ältere Arbeitnehmer tiefere Arbeitgeberbeiträge zahlen müssen, hat zudem den Vorteil, dass ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr länger benachteiligt werden.
- Für eine Übergangsgeneration, die nicht ausreichend Zeit hat, wegen der tieferen Beitragssätze ihr Sparguthaben gleichbleibend wie heute zu erhöhen, wird es einen Rentenzuschlag geben.

Wichtig: Die Renten von bereits Pensionierten sind von der Reform nicht betroffen.

## BVG-Lösung 2. Teil oder Warum die Vorlage vor allem für Frauen wichtig ist!

Derzeit ist nur in der 2. Säule obligatorisch versichert, wer einen Jahreslohn von mindestens 22 050 Franken verdient («Eintrittsschwelle»). Für die Anhäufung von Sparkapital wird vom versicherten Lohn ein sogenannter Koordinationsabzug in Höhe von 7/8 der maximalen AHV-Jahresrente (derzeit 25 725 Franken) abgezogen.

Wer also wenig verdient, kann keine vernünftige berufliche Vorsorge aufbauen. Das betrifft vor allem Teilzeiterwerbstätige. Noch immer arbeiten vor allem Frauen Teilzeit, vorwiegend deshalb, weil sie Betreuungsaufgaben nachgehen.

Mit der Reform der beruflichen Vorsorge wird deshalb einerseits die Eintrittsschwelle – wenn auch leider bloss marginal – auf 19 845 Franken gesenkt. Andererseits, und das ist bedeutend relevanter, beträgt der Koordinationsabzug nicht mehr eine fixe Zahl, sondern neu 20% des Jahreslohns.

Für Luisa und Martina hätte die Reform folgende Auswirkungen:

	Luisa (Reinigungskraft) alleinerziehend Pensum 60%	Martina (Pflege) keine Kinder Pensum 100%
<b>Vor Reform</b>		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug	-25 725	-25 725
Versichertes Gehalt	9 275	59 275
PK-Beitrag 7%	650	4 150
Sparkapital bei Pension unverzinst*	46 374	296 375
Altersrente (6,8%)	3 153	20 154
<b>Nach Reform</b>		
Bruttogehalt	35 000	85 000
Koordinationsabzug (20%)	-7 000	-17 000
Versichertes Gehalt	28 000	68 000
PK-Beitrag 9%	2 520	6 120
Sparkapital unverzinst*	128 800	312 800
Altersrente (6%)	7 728	18 768

\* Sehr vereinfachte Rechnung, Annahmen:

- Luisa und Martina haben 25-jährig angefangen zu arbeiten
- Allfällige Lohnerhöhungen sind nicht einberechnet
- Beitragssätze vor Reform: 7% bis Alter 35, 10% bis 45, 15% bis 55, 18% bis 65
- Beitragssätze nach Reform: 9% bis Alter 45, 14% bis 65

## Abstimmungsempfehlung für Luisa und Martina

Luisa würde durch die Reform eine mehr als doppelt so hohe Rente erhalten und sollte Ja stimmen. Allerdings bleibt ein Problem: Wenn Luisa nebenher für eine Reinigungsfirma arbeitet und dort weniger als die Eintrittsschwelle von 19 845 Franken verdient, ist der Nebenerwerb auch nach der Reform nicht versichert. Mehrfachbeschäftigte können also weiterhin durch die Maschen für das Ansparen einer vernünftigen Altersvorsorge fallen.

Martina erhält auf den ersten Blick trotz höherer Lohnabzüge eine tiefere Rente als vor der Reform. Das Sparkapital im obigen Beispiel ist aber unverzinst gerechnet: Da Martina und das Inselspital früher höhere Sparbeiträge leisten, werden diese auch länger verzinst. Damit wird Martina dank der Reform also mindestens eine gleich hohe Rente erhalten wie heute. Auch Martina kann der Reform also zustimmen.

## Abstimmungsempfehlung für alle

Eine Studie zeigt, dass rund 80% der Versicherten dank der Reform mehr Rente erhalten werden, 20% etwas weniger. Vor allem Personen mit tiefen Einkommen profitieren. Kürzungen bei Personen mit hohen Einkommen können durch das Überobligatorium abgedeckt werden.

Dank der Reform hätten demnach mehr Erwerbstätige, insbesondere Frauen und Geringverdienende, eine berufliche Vorsorge. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da eine ausreichende Vorsorge die Abhängigkeit von staatlichen (über die Steuern finanzierte!) Ergänzungsleistungen verringert.

Es ist bezeichnend, dass sich Kreise, die sich angeblich sozialer Politik verschrieben haben, gegen die Reform stellen. Verantwortungsbewusste erkennen die Notwendigkeit der Anpassung unserer Vorsorge und stimmen am 22. September 2024 Ja zur sinnvollen BVG-Reform.



**Florence Pärli,**  
Juristin im Steuerrecht, Stadträtin und  
Fraktionspräsidentin FDP/jf Stadt Bern,  
Kandidatin Gemeinderat Stadt Bern

# Ja zur BVG-Reform am 22. September

## Statements von FDP-Persönlichkeiten



**Anna Staub, Vorstandsmitglied  
Jungfreisinnige Schweiz**

«Momentan sind Personen mit mehreren Teilzeitjobs unzureichend in der beruflichen Vorsorge versichert. Heute gelten die Eintrittsschwelle und der Koordinationsabzug für jede Anstellung separat. Hier ist die BVG-Reform entscheidend: Mehrere Löhne werden summiert, was zu einer besseren beruflichen Vorsorge führt. Der versicherte Lohn steigt und die Rente wird deutlich höher ausfallen.»



**Eva Biland, FDP Basel-Stadt**

«Das heutige Berufsversorgungsgesetz stammt aus der Zeit der Einverdienerhaushalte und ist nicht mehr zeitgemäss. Es entspricht nicht mehr der heutigen Arbeitsrealität, da rund ein Drittel der Arbeitnehmenden in Teilzeitarbeit beschäftigt ist. Mit der BVG-Reform werden Teilzeitarbeitende und Personen mit tiefen Einkommen besser versichert und erhalten endlich auch eine Rente. Ich sage deshalb JA am 22. September zur BVG-Reform.»



**Florence Pärli, Stadträtin Bern**

«Momentan sind Personen mit geringem Einkommen und ältere Arbeitnehmende im BVG benachteiligt. Dank der Reform werden Personen mit geringem Einkommen auch Zugang zur 2. Säule haben beziehungsweise besser versichert sein, da der Koordinationsabzug flexibilisiert wird und anstatt eines Fixbetrages neu 20% des Lohns beträgt. Ältere Personen haben dank der Reform bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da ihre BVG-Beiträge und damit die Kosten für die Arbeitgeber gesenkt werden.»

### BVG-Revision in Kürze:

In der beruflichen Vorsorge kann man sich beim Bezug entweder für den Kapitalbezug oder für eine lebenslängliche Rente entscheiden. Bei der lebenslänglichen Rente bestimmt der Umwandlungssatz, wie viel Rente jährlich ausgezahlt wird. Da die Lebenserwartung in der letzten Zeit gestiegen ist, werden die Renten teilweise querfinanziert von den Erwerbstätigen. Deshalb muss der Umwand-

lungssatz gesenkt werden. Von der Senkung sind 85 Prozent der Angestellten nicht betroffen. Nicht betroffen sind Personen, die überobligatorisch versichert sind, und Personen, die sich für den Kapitalbezug entscheiden.

Für die Übergangsgeneration gibt es zudem grosszügige Rentenzuschläge. Die Eintrittsschwelle zur beruflichen Vorsorge wird zudem gesenkt, das

heisst, mehr Personen mit tiefen Einkommen werden versichert sein. Auch Personen mit mehreren Teilzeitjobs sind nun besser versichert, da ihre Löhne addiert werden. Der Koordinationsabzug wird flexibilisiert, was dazu führt, dass insbesondere mehr Personen mit geringem Einkommen einen höheren Anteil ihres Lohnes sparen. Dadurch steigen ihre Renten.

Bild: Adobe Stock, Oleg Elkov



# Der Souverän sind wir

Gemeinsam gegen Überregulierung und Überwachung

Kürzlich ging es im Parlament um die Frage, warum Unternehmerinnen und Unternehmer zwar in die Arbeitslosenversicherung einzahlen – aber faktisch keine Chance haben, im Notfall Versicherungsleistungen zu beziehen.

In ihrer Stellungnahme vermittelten Bundesrat und Beamtenschaft – vielleicht ungewollt –, das Bild, das sie von Unternehmerinnen und Unternehmern haben: Bei diesen seien Anreize für eine «zweckfremde (Über-)Inanspruchnahme ausgeprägt». Es bestehe ein «inhärentes Missbrauchsrisiko».

Unter Generalverdacht für Missbrauch. Ich dachte wirklich, ich lese nicht richtig.

Der Staat übergeht völlig die Tatsache, dass die Wirtschaft die Arbeitsplätze in unserem Land zur Verfügung stellt. Notabene: Alle Arbeitsplätze ausserhalb der staatlichen. Und die staatlichen gibt es nur, weil die Firmen und ihre Mitarbeitenden die Steuern zahlen, die diese finanzieren.

Es sind gerade die vielen KMU, die vielen grossen und kleinen Familienunternehmen, die zusammen mit ihren Mitarbeitenden persönliche Verantwortun-

gung übernehmen – für die Firma, für die Gesellschaft.

Es ist bemerkenswert, dass die Haltung des Staates zu Unternehmerinnen und Unternehmern inhaltlich gar nicht so weit von der Juso entfernt ist, die von «steuerkriminellen Familien-Clans» fabuliert.

Vielleicht ist dies die Vorstellung, die beide von der Wirtschaft haben: Sie soll gefälligst zahlen, Löhne und Steuern und Investitionen ermöglichen. Und weil sie die Unternehmerinnen und Unternehmer unter Generalverdacht für Missbrauch stellen – darf der hehre Staat alles regulieren und überwachen.

Das ist sehr weit weg von einem freiheitlichen Verständnis einer wirtschaftenden Gesellschaft freier Menschen. Es zeugt aber von einem Bild, das immer mehr um sich greift: Der Staat als grosser Bruder, der alles denkt und lenkt.

Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.

«Liebe Freunde der Freiheit, die Menschen in unserem Land müssen wieder die Kontrolle über den um sich greifenden Staat zurückerhalten. Wir sind der Souverän.»



**Kris Vietze**, Nationalrätin TG, Dipl. Wirtschaftsprüferin, Präsidentin IHK Thurgau

# Biodiversität ohne Wirtschaftsschäden

Gezielter Schutz statt pauschaler Massnahmen

Die Biodiversitätsinitiative zielt darauf ab, die Nutzung der Flächen und das baukulturelle Erbe einzuschränken, um die Biodiversität zu stärken. Obwohl diese Ziele lobenswert sind, ist die Vorlage zu extrem und ihre Auswirkungen werden einen negativen Einfluss auf die Wirtschaft haben.

Um die Biodiversität in der Schweiz zu schützen, müssen gezielte Massnahmen ergriffen werden, welche die Qualität anstatt der Quantität der Biodiversität stärken. Eine Begrenzung der Flächennutzung, wie von den Initianten gefordert, ist keine Garantie dafür, dass der Schutz der Biodiversität verstärkt wird. Zudem funktioniert der bisherige Schutz der Biodiversität in der Schweiz. Als Beispiel können wir den Luchs nehmen, der dank unserer Wiederansiedlungsbemühungen wieder in unseren Bergen heimisch geworden ist.

Dieses Beispiel zeigt, dass der Erhalt der Biodiversität durch gezielte und angepasste Massnahmen erreicht werden kann. Der Schutz der Biodiversität muss Hand in Hand mit unserer Wirtschaft gehen und nicht gegen sie.

Zusätzlich würde die Biodiversitätsinitiative viele Bereiche unserer Wirtschaft gefährden, darunter auch den Tourismus. Denn viele Tourismusorte, die sich in den Schutzgebieten befinden, könnten nicht mehr in die Verbesserung ihrer Anlagen investieren – das gilt beispiels-

weise für Skigebiete in den Bergen. Die Schweiz darf nicht zu einem Ballenberger Freilichtmuseum werden.

Wir müssen Tiere und Pflanzen schützen, nicht nur Äcker und Brachen – deshalb: Nein zur Biodiversitätsinitiative am 22. September!



**Maxime Reynaud,**  
Verantwortlicher für die lateinischen Kantone

**FDP**  
Die Liberalen

**Schützen wir Tiere und Pflanzen,  
nicht Äcker und Brachen!**

**NEIN zur extremen Biodiversitätsinitiative**

[www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative](http://www.fdp.ch/biodiversitaetsinitiative)

Dieses Bild wurde mit Hilfe von KI generiert.

KOLUMNE

## Angriff auf den Schweizer Wohlstand

Die Enteignungsinitiative der Juso ist brandgefährlich! Der wirtschaftliche Erfolg unserer Schweiz baut auf kleineren wie auch grösseren, mittelständischen Familienunternehmen. Von mehreren Generationen aufgebaute Unternehmen halten die Schweizer Wirtschaft am Laufen, tragen massgeblich zur international tiefen Arbeitslosenquote bei und verhelfen dem Mittelstand dank guten Einkommen zu individuellem Wohlstand. Entscheidend für den Erfolg dieser Unternehmen ist, Gewinne in die Weiterentwicklung reinvestieren zu können; sei dies in Betriebsliegenschaften, Maschinen, Technologien, Innovationen oder Menschen. Geht es nach der Juso, soll dieser Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs schonungslos zerschlagen werden.

Mit der Einreichung ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)» fordert die Juso eine Erbschaftsteuer von 50 Prozent ab 50 Mio. Franken. Dieser Schwellenwert ist nicht nur bei grossen Unternehmen schnell erreicht; auch im mittelständischen Umfeld sind Bewertungen von Unternehmen und deren Ak-

tien über diesem Betrag keine Seltenheit. Ausnahmebestimmungen oder Erleichterungen sehen die Jungsozialisten keine vor. Im Gegenteil: Der Initiativtext sieht sogar eine Rückwirkungsklausel vor.

Bei einer Annahme der Initiative hätte der Bundesrat rückwirkend auf den Abstimmungstag Massnahmen zur «Verhinderung von Steuervermeidung» in Kraft zu setzen. Deshalb hat die Enteignungsinitiative schon heute und unabhängig des Ausgangs der Abstimmung eine gefährliche Vorwirkung. Potenziell Betroffene planen bereits jetzt ihren Wegzug und Zuzugswillige werden von der Wohnsitznahme in der Schweiz abgeschreckt. Selbstredend ist dies schädlich für unsere Volkswirtschaft, unsere Arbeitsplätze und letztlich für unseren individuellen Wohlstand. Gegen diesen Angriff müssen wir uns wehren!

### Bumerang für den Mittelstand

Wenn man bedenkt, dass ein Prozent (!) der steuerpflichtigen Personen gut einen Viertel der Einkommenssteuern bezahlen, wird die Juso-Enteignungsinitiative zum Bumerang für Personen aus dem

Mittelstand. Sie werden die Schweiz nicht einfach verlassen können und müssen deshalb unter einer immer weiter steigenden Steuerlast leiden. Zudem erkennt die Juso, dass langfristig wiederkehrende Gewinn- und Vermögenssteuern ertragsreicher sind als eine einmalige Erbschaftsteuer.

Damit die Juso mit ihrem erneuten Angriff auf unseren Wohlstand wie bereits 2015 mit der Erbschaftsteuerinitiative (71 Prozent Nein) und 2021 mit der 99%-Initiative (65 Prozent Nein) hochkant scheitert, müssen wir jetzt aktiv werden.

Tragen Sie sich jetzt ins Komitee ein und engagieren Sie sich mit uns gegen die Enteignungsinitiative. Vielen Dank für Ihre Unterstützung! [www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative](http://www.fdp.ch/abstimmungen/juso-initiative)



**Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP. Die Liberalen Schweiz**

Mit ihrer «Initiative für eine Zukunft» fordern die Jungsozialisten eine nationale Erbschaftsteuer von 50 Prozent auf Nachlässe über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken.

Leidtragende wären traditionelle Schweizer Familienunternehmen. Um die hohen Steuerbeiträge zu begleichen, müssten Firmen verkauft oder liquidiert werden.

Die Juso zerstört mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft und überlässt den Schaden dem Mittelstand. Deshalb sagen wir: **NEIN** zur zerstörerischen Juso-Initiative!

## Radikale Juso-Initiative zerstört Schweizer Familienunternehmen!



# Eine Investition in die Zukunft

Bei Axpo sind wir stolz darauf, jeden Tag einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit unseres Landes zu leisten. In den letzten 10 Jahren haben wir zwei Drittel der Investitionen in der Schweiz getätigt, damit wir auch in Zukunft jederzeit klimafreundlichen Strom für Wirtschaft und Gesellschaft bereitstellen können.

The Power of Energy

